

GRÜNES BÜNDNIS
Neustadtstrasse 34
Postfach 31
6000 Luzern 4

RundBrief
4/2005

Zeitschrift
für Mitglieder
und Interessierte



Abstimmung über die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit

Eine Chance für die Schweiz

Schwerpunkt

3

Die Grünen sagen am 25. September 05 JA zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit!

Intern

10

Grossratswahlen 2007: Es gilt Anlauf zu holen für den «Schwung zum Erfolg»!

Kanton

8

100 Millionen Franken sind zu viel!
Wir sagen NEIN zum Rontal-Zubringer!

Stadt

12

Sozialdirektor Ruedi Meier zeigt die fatale Folgen einer städtischen Steuersenkung auf.



Editorial

Viel Einsatz für die grüne Sache!

Rosa Rumi, Co-Präsidentin GB, Alberswil

Seit gut drei Jahren (Juni 2002) ist das Freizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU in Kraft. Damit integrierte sich die Schweiz in den riesigen Arbeitsmarkt der Mitgliedsländer der EU. Weder haben sich Befürchtungen über ein drohendes Sozial- und Lohndumping im so genannten «Hochlohnland» Schweiz bewahrheitet, noch hat sich die Arbeitslosigkeit in der Schweiz aufgrund dieses Abkommens erhöht, wie die letzten drei Jahre gezeigt haben. Nun stimmen wir am 25. Sept. über die Ausdehnung dieses Abkommens auf die neuen EU-Mitgliedsstaaten ab. Dank den flankierenden Massnahmen, die die Sozialpartnerschaft in der Schweiz entscheidend stärken werden, können wir auch der Erweiterung zustimmen. Im Schwerpunkt dieses RundBriefes wird das Abkommen in zwei Beiträgen näher vorgestellt.

Im Kanton Luzern kämpfen wir gegen die Investition von 100 Millionen Franken in den Strassenverkehr. Für jeden Meter will der Kanton 70'000 Franken ausgeben, das nennen wir Geldverschleuderung. Wir wollen den Mehrverkehr, der damit gesät wird, nicht, wir wollen diesen Balken vor dem Auge nicht! Näheres zum Komitee, das dagegen ankämpft, im Bericht auf Seite 8.

In Kriens haben wir vor einem Jahr den Einzug von Cyrill Wyget in den Gemeinderat gefeiert. Wie es sich für einen GB-Vertreter gehört, hat er schon weit mehr geleistet, als

das kreative Velospiel, über das uns die NLZ auf dem Laufenden hielt.

Gaby Müller und Zora Schelbert verlassen ihre Ämter im Kantons- bzw. Stadtparlament. Gaby hat als Parlamentarierin und Fraktionspräsidentin einen immensen Einsatz für das GB geleistet. Für Zora war der zeitlich etwas kürzere Einsatz hoffentlich ein bereicherndes Politpraktikum, an das sie sicher wieder anknüpfen wird. An Gaby, an Zora an dieser Stelle tausend Dank für euren Einsatz für die grüne Sache, beiden viel Erfolg im Beruf, der nun mehr Platz in eurem Leben beansprucht. Zwei neue, begeisterte Jungpolitikerinnen sind bereit, sich in die Arbeit zu stürzen. Darauf sind wir unendlich stolz. Katharina Meile und Korintha Bärtsch heisse ich hier herzlich willkommen. Ich wünsche euch Freude und Erfolg in euren Fraktionen.

Das GB ist vielseitig, auch kulturell, beachtet bitte den Tipp zum Theater Marie, das wir im Kleintheater veranstalten. So gehen wir politisch und kulturell vielseitig in den kommenden Politherbst und in die nächsten Grossratswahlen ...



Die mag mich!

www.xundheit.ch



Xundheit
versichert

Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz

Xundheit, Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz, Pilatusstr. 28, 6002 Luzern, Tel. 041 227 77 77

Medienmitteilung des Luzerner Komitees

Ja zur Personenfreizügigkeit

Louis Schelbert, Koordinator, Luzern

In Luzern wurde das Komitee «Ja zur Personenfreizügigkeit – mit besserem Lohnschutz» gegründet. Es stellt die Interessen der Arbeitnehmenden in den Mittelpunkt. Dem Komitee gehören bis anhin die Parteien CSP, GB und SP an sowie folgende Gewerkschaften und Personalorganisationen: comedia, Gewerkschaft Kommunikation, Kaufmännischer Verband Luzern, Luzerner Gewerkschaftsbund, Unia, vpod.

Die Schweiz und die Europäische Union (EU) sind historisch, kulturell und wirtschaftlich eng verflochten. Davon zeugen die Bilateralen Verträge. Einer davon regelt die Personenfreizügigkeit. Dieses Abkommen ist bereits in Kraft. Am 25. September geht es darum, ob das Abkommen auch für die neuen EU-Mitgliedsländer gilt.

Das Komitee ist überzeugt, dass die Abstimmung über die Personenfreizügigkeit eine Chance für die luzernische und die schweizerische Wirtschaft ist. Diese Vorlage bringt darüber hinaus den Arbeitnehmenden Vorteile, indem mit ihrer Annahme die Lohn- und Arbeitsbedingungen besser geschützt werden können – auch und gerade im Kanton Luzern.

Wirksame Kontrollen

Vorgesehen sind wirksame Kontrollen – und saftige Sanktionen gegen fehlbare ausländische Arbeitgeber. Die Kontrolle der Arbeits- und Lohnbedingungen würde durch Inspektoren durchgeführt. Vorgesehen ist ein Inspektor pro 25'000 Arbeitsplätze. Ihre Tätigkeit wird mit der Bekämpfung der Schwarzarbeit koordiniert, der Kanton kann dafür ein einziges Organ vorsehen, um Doppelspurigkeiten zu verhindern.

Als Vorteil wertet das Komitee auch, dass künftig Gesamtarbeitsverträge (GAV) leichter allgemein verbindlich erklärt werden könnten. GAV sind das wichtigste Arbeitsschutzinstrument in den Händen der Vertragspartner. Massgebend sind immer die orts-, berufs- oder branchenüblichen Bedingungen. Kommen Arbeitskräfte aus dem Ausland, müssen sie über die wichtigen arbeitsvertraglichen Regelungen schriftlich informiert werden.

Geregelte Beziehungen zur EU

Die EU ist der wichtigste Handelspartner der Schweiz, auch für die Betriebe im Kanton Luzern. Der grösste Teil der Exporte geht dahin, der grösste Teil der Importe kommt von da. Deshalb brauchen die Schweiz und der Kanton Luzern geregelte Beziehungen zur EU. So hat unsere Wirtschaft Zugang zum riesigen europäischen Markt – und so lassen sich Arbeitsplätze bei uns, in unserem Land sichern. Ein Nein zur Personenfreizügigkeit stellt alle bilateralen Abkommen in Frage. Das können wir uns nicht leisten.

Ängste unbegründet

Die Einführung der Personenfreizügigkeit hat zu keiner Masseneinwanderung aus der EU geführt. Auch nicht zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit. Diese Ängste sind bei der erweiterten Personenfreizügigkeit ebenso wenig begründet. Die erweiterte Personenfreizügigkeit gilt wegen der Übergangsfristen erst ab 2011. Vorher haben inländische Arbeitskräfte den Vorrang, und es werden nur beschränkte Kontingente in die Schweiz gelassen.

Die Freizügigkeit gegenüber den alten EU-Mitgliedsländern haben wir schon heute. Deshalb braucht es auch heute schon Kontrollen und Inspektoren. Im Jahr 2009 kann die Schweiz aber noch einmal darüber befinden, ob sie die Personenfreizügigkeit weiterführen will. Dieses Jahr wird also nichts in Stein gemeisselt.



Am 25. September: **Ja** im Interesse der Arbeitnehmenden

«Ja zur Personenfreizügigkeit – mit besserem Lohnschutz»

Wir machen uns nichts vor: Die Gefahr von Lohndumping gibt es schon lange – wegen der Haltung von Unternehmern. Die Behörden bauen nun echten Schutz auf.

Die Vorteile für Arbeitnehmende:

- Ausländische Unternehmen müssen die hier üblichen Löhne zahlen.
- 1 Inspektor pro 25'000 Arbeitsplätze kontrolliert die Arbeitsbedingungen.
- Gegen fehlbare Arbeitgeber sind saftige Bussen und Arbeitsverbote möglich.
- Gesamtarbeitsverträge (GAV) werden leichter allgemein verbindlich.
- Auch temporär Angestellte müssen hiesige Löhne bekommen.
- Selbständig Erwerbende müssen ihre Selbständigkeit nachweisen.

Dazu kommt:

- Neue Exporte in die EU sichern hier Arbeitsplätze
- Ein Ja sichert die bestehenden bilateralen Verträge.
- Statistik und europäische Erfahrungen zeigen: Es gibt keine Masseneinwanderung.

Mit einem Nein gewinnen wir nichts, im Gegenteil: Der Lohn- und Arbeitsschutz wird schwieriger!

Luzerner Komitee «Ja zur Personenfreizügigkeit – mit besserem Lohnschutz» (CSP; GB; Juso; Junge Grüne; SP; KV Luzern; LGB mit comedia, Geko, Unia, vpod; travail.suisse mit syna)



Abstimmung über die Personenfreizügigkeit

Grüne geschlossen für ein JA

Cécile Bühlmann, Nationalrätin, Luzern

Am 25. September stimmen wir darüber ab, ob die Personenfreizügigkeit, wie wir sie im Rahmen der ersten Bilateralen Verträge mit der 15er-EU ausgehandelt und beschlossen haben, auch für die neuen zehn EU-Staaten gelten soll. Glücklicherweise geht es bei dieser Abstimmung um einen Entscheid, der für uns Grüne wesentlich einfacher zu treffen ist als der zu Schengen/Dublin. Sowohl die Fraktion wie auch der Vorstand haben bereits einstimmig der Vorlage zugestimmt.

Ein kurzer Blick zurück

Im Mai 2000 nahmen über 67 % der Schweizer Bürgerinnen und Bürger die Bilateralen Abkommen 1 an (Personenverkehr, Luft- und Landverkehr, technische Handelshemmnisse, Landwirtschaft, Forschung, öffentliches Beschaffungswesen). Diese Abkommen traten am 1. Juni 2002 in Kraft. Ein erstes Paket von flankierenden Massnahmen trat gleichzeitig in Kraft, um den Arbeitsmarkt vor dem Lohn- und Sozialdumping zu schützen, das der freie Personenverkehr mit sich bringen kann.

Im Mai 2004 traten die zehn neuen Länder Ungarn, Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Zypern und Malta der EU bei. Die Bilateralen Abkommen I zwischen der Schweiz und der Europä-

schen Union gelten künftig für alle 25 Mitgliedsstaaten der EU. Nur das Abkommen über die Personenfreizügigkeit konnte nicht automatisch ausgeweitet werden und war Gegenstand neuer Verhandlungen. Das Resultat liegt nun vor: Die EU gewährt der Schweiz eine siebenjährige Übergangsfrist für Angehörige der neuen Länder mit einem Regime, wie das für die alte EU bis im Mai dieses Jahres gegolten hat. Der Zugang zum schweizerischen Arbeitsmarkt wird für die neuen Länder schrittweise gelockert. Ab dem Jahr 2014 gilt dann die Freizügigkeit ohne jede Einschränkung für alle EU-Staaten.

Die Ausweitung des Abkommens über die Personenfreizügigkeit wie auch die Revision der flankierenden Massnahmen, die damit verbunden ist, wurden von den eidgenössischen Räten in der Dezembersession 2004 verabschiedet. Gegen die Ausweitung des freien Personenverkehrs ergriffen die Schweizer Demokraten das Referendum. Sie wurden dabei von der SVP unterstützt. Bei der Abstimmung geht es sowohl um die Ausweitung des freien Personenverkehrs auf die neuen Mitgliedsstaaten der EU als auch um die Verstärkung der flankierenden Massnahmen. Das Parlament beschloss nämlich, die beiden Punkte miteinander zu verbinden.

Die Gewerkschaften sagen JA

Auf Arbeitnehmerseite setzen sich die beiden namhaften Dachverbände Travail.Suisse und SGB vehement für die Annahme der Vorlage ein. Es konnten nämlich mit den so genannten flankierenden Massnahmen erhebliche Fortschritte zum Schutze der ArbeitnehmerInnen erzielt werden, wie sie sonst in der Schweiz nicht möglich gewesen wären.

Argumente für die Grünen

Es gibt neben den gewerkschaftlichen Argumenten für uns Grüne gewichtige migrations- und europapolitische Gründe für ein Ja.

– Migrationspolitische Argumente

Der freie Personenverkehr ist die Basis grüner Migrationspolitik. Jeder Mensch hat ein Anrecht auf berufliche und geografische Mobilität, auf Arbeitsmarktzugang, auf Bildung und auf Familiennachzug. Für dieses Anliegen haben sich die Grünen auch bei der Revision des Ausländer- und Asylgesetzes massgeblich eingesetzt. In unserem Positionspapier zur Migrationspolitik halten wir daher fest, dass die Freiheit, sich in einer beliebigen Region niederzulassen, ein Menschenrecht sein sollte. Auch Schweizer und Schweizerinnen profitieren von dieser Öffnung: Das Abkommen zur Personenfreizügigkeit bietet ihnen dieselbe Bewegungs-, Bildungs- und Arbeitsfreiheit in allen EU-Mitgliedsstaaten. Nach Ansicht der Grünen sollte dieser freie Personenverkehr für alle Menschen gleichermassen gelten. Eine Diskriminierung zwischen den



alten EU-Mitgliedsstaaten und den neuen Mitgliedsstaaten kommt für Grüne nicht in Frage, genauso wie auch die Diskriminierung von Nicht-EU-Angehörigen auf dem Arbeitsmarkt beseitigt werden muss. Mit Ausnahme des freien Personenverkehrs stehen die Dossiers der Bilateralen I für ein Europa, das sich einseitig an der Liberalisierung der Wirtschaft orientiert und in dem Menschen primär Absatzmärkte sind. Für uns Grüne müsste der Stellenwert klar umgekehrt sein. Die Bewegungsfreiheit der Menschen sollte vor derjenigen der Waren und Dienstleistungen stehen. Der freie Personenverkehr ist für die Grünen im Hinblick auf ein soziales, ökologisches und demokratisches Europa ein zentrales und prioritäres Anliegen.



– Europapolitische Argumente

Grundsätzlich sind wir Grünen für einen raschen EU-Beitritt, nicht weil wir kritiklos alles ideal und erstrebenswert finden, was in der EU läuft, sondern weil sie die einzige ernst zu nehmende Kraft ist, die Europa politisch organisiert und zusammenhält. Wir sind auch für den Beitritt, weil die EU etwas erreicht hat, was es in Europa über so lange Zeit noch nie gegeben hat: Frieden zwischen allen beteilig-

ten Staaten. Das ist ja, gerade wenn wir an die Schrecken des letzten Jahrhunderts denken, nicht wenig für diesen, historisch gesehen, sehr kriegerischen Kontinent. Eine weitere Überlegung, warum wir Grünen für den Beitritt sind: Die grossen Probleme unserer Zeit sind nur noch grenzüberschreitend und gemeinsam zu lösen. Umwelt und Verkehr sind zwei Stichwörter dazu. Die EU ist die einzige Organisation, die in der Lage ist, solche grenzüberschreitenden Probleme zu lösen – auch wenn sie es nicht immer in unserem Sinne tut. Aber wenn die Schweiz dabei wäre, könnten wir mit den Grünen Europas den Kampf für eine bessere Umweltpolitik führen. Wir wollen, dass die Schweiz gleichberechtigt und aktiv dazugehört und nicht einfach alles, was in der EU beschlossen wird, automatisch nachvollziehen muss. Aus diesen Überlegungen heraus ist es einleuchtend, dass der bilaterale Weg für uns Grüne nicht der ideale Weg ist, dass dieser Weg aber der zurzeit einzige mehrheitsfähige ist. Und die Personenfreizügigkeit ist die beste Errungenschaft im Vertragswerk zwischen der Schweiz und der EU.

Abstimmungsparole

Ausdehnung freier Personenverkehr mit den neuen EU-Ländern

JA

Learn English

www.english-on-dartmoor.com

in einem Landhaus in Devon

**Eintauchen in die Sprache
und in die Landschaft**

Vielseitige Kurse

Kursdauer: 2–3 Wochen

Das Essen ist vegetarisch

Das Mindestalter: 28 Jahre

Aktuell: Open English Courses

für das Jahr 2006

Intermediate Kurs

20. Nov.–3. Dez. 2005

Auskünfte und Anmeldungen bei

Lynn Rawlinson

info@english-on-dartmoor.com

Telefon: 0044 1364 73117



Die Idee
von Ihnen

Das Holz
aus der Region

Die Qualität
vom Schreiner

Stefan Suhner
Möbelschreinerei
Rösslimattweg 8
6005 Luzern
Telefon 041 360 82 83

PATRICK STEINER



**PARKETTARBEITEN
MALERARBEITEN
NATURFARBEN**

BÜRGENSTR. 34/36
6005 LUZERN
TEL. 079 650 79 42

Der Dalai Lama im Hallenstadion Zürich

Den Gottkönig hofieren?

Edi Goetschel, freier Journalist, Zürich

Edi Goetschel stellte der St. Galler Nationalrätin Pia Hollenstein, Mitglied der Grünen und der Parlamentarischen Gruppe Tibet, kritische Fragen zum Besuch des Dalai Lama in der Schweiz.

Edi Goetschel: Pia Hollenstein, was haben Sie als Person, die sich für die Freiheit Tibets einsetzt, für ein Gefühl bei dem Grossanlass mit dem Dalai Lama im Zürcher Hallenstadion? Acht Tage dauert die Unterweisung «Weg zur Überwindung Leid schaffender Emotionen»; dazwischen ein öffentlicher Vortrag «Mitgefühl – die Quelle des Glücks». Mit einer politischen Manifestation hat das wenig zu tun, umso mehr mit leicht verdaulichem Esoterik-Entertainment.

Pia Hollenstein: In der Schweiz, aber auch anderswo ist die Verwirklichung der Botschaft des Dalai Lama für Friedfertigkeit, Gewaltfreiheit, Freiheit, Toleranz und Sorggetragen zur ganzen Mitwelt alles andere als leicht verdaulich. Zudem lebt in der Schweiz die grösste Tibetgemeinschaft ausserhalb Asiens, sie ist also ein guter Ort für einen Auftritt.

Wenn zum Teil eine seltsame Art von Verehrung stattfindet, dann liegt das nicht am Dalai Lama, sondern vielmehr an den Westlern, von denen einige den Buddhismus als Modeströmung entdeckt haben. Wo immer der geistige Führer der Tibetergemeinschaft auftritt, hat sein Auftritt auch eine politische Bedeutung aufgrund der Tatsache, dass China

Tibet seit über 50 Jahren besetzt hält. Auch der Empfang durch Bundesrat Couchepin gibt einen politischen Touch. Damit wird ein Zeichen gesetzt für die Anliegen der Tibetergemeinschaft hier im Westen. Und es bleibt zu hoffen, dass der Bundesrat in Zukunft seine Bemühungen zu einer friedlichen Lösung der



Tibet-Frage verstärkt. Ich freue mich sehr, dass dieser Grossanlass in der Schweiz zustande kommt. Der interreligiöse Dialog ist auch bei uns aktueller denn je.

Im Patronatskomitee der Veranstaltung sind zwei Mitglieder der SP, die Zürcher Stadträtin Esther Maurer und Nationalrat Mario Fehr. Dabei hat der Generalsekretär des Organisationskomitees den Anlass ausdrücklich als einen religiösen oder spirituellen, keinen politischen bezeichnet. Gibt es gute Gründe dafür, dass sich Linke bei einer buddhistischen Missionsveranstaltung engagieren?

Der Buddhismus ist im Gegensatz zum Christentum keine missionierende Religion. Der schon im Voraus erhobene Vorwurf, es handle sich bei der Veranstaltung um Mission, ist deshalb abstrus.

Der Dalai Lama ist Symbolfigur für den Kampf für eine friedlichere Welt, für Gewaltfreiheit und Respekt und Schutz der Umwelt. Er bleibt konsequent bei seiner Politik der Gewaltlosigkeit. Insbesondere ist er aber ein Symbol für den Widerstand gegen das diktatorische, menschen- und umweltverachtende Regime in Peking. Deshalb engagieren sich auch Linke dafür, ihm und den Zielen eines demokratischen Tibets ein Podium zu geben.

Der Dalai Lama ist sowohl religiöses wie politisches Oberhaupt einer Theokratie, in der Frauen keine Bedeutung haben. Eine Person auch, die sich bei Entscheidungen auf Orakel verlässt. Sein Regime verträgt sich kaum mit der sinnvollen Trennung von Kirche und Staat, den Idealen von Aufklärung, Demokratie und Gleichberechtigung.



gung. Warum müssen Linke den Gottkönig hofieren?

Zwischen der Unterstützung eines Auftritts des Dalai Lama und dem «Hofieren» besteht ein gewisser Unterschied. «Hofieren» lässt sich am einfachsten mit dem Verhalten westlicher und auch der Schweizer Regierung illustrieren, die in offiziellen Gesprächen mit China seit Jahren fast ausschliesslich die wirtschaftliche Zusammenarbeit traktandieren. Menschenrechte werden höchstens am Rande thematisiert.

Der Dalai Lama hat seine politische Entscheidungsmacht übrigens längst abgetreten. Diese liegt beim Ministerpräsidenten, dem Kalon Tripa. Dieser wird direkt von der Exilgemeinde gewählt. Und schliesslich symbolisiert der Dalai Lama den Kampf für Menschenrechte und gewaltfreien Widerstand, linke Postulate par excellence.

Ist der Dalai Lama in seiner Rolle als Maskottchen, das auf Fotos freundlich lächelnd mit Leuten aus allen politischen Lagern posiert, etwa auch Jörg Haider, als politische Person überhaupt glaubwürdig oder schadet er damit letztlich nicht Tibet und dem tibetischen Volk?

Dass in der Schweiz ein geistlicher Führer als «Maskottchen» verunglimpft werden darf, zeigt den Unterschied zur Besatzungsmacht in Tibet. In China werden Andersdenkende inhaftiert, gefoltert, umgebracht – und der Westen schweigt.

Der Dalai Lama ist wohl der toleranteste aller heute lebenden Religionsführer. Seine Bot-

schaft ist Mitgefühl. Da hat Ausgrenzung keinen Platz. Der Dalai Lama versteht die Menschen als Mitmenschen und nicht als politische Freunde oder Feinde. Unabhängig davon, ob er sich mit seiner Botschaft der Gewaltfreiheit, des Respekts für alle Lebewesen Freunde macht, will er Botschafter einer gerechteren friedlicheren Welt sein. Dass er dabei Tibet schaden soll, ist absurd.



Theater Marie im Kleintheater Luzern «Globale davon profitieren?»

Natalie Kamber, GB-Sekretärin, Luzern

Was passiert, wenn sich die Mächtigen dieser Welt treffen und alle Probleme aufs Mal lösen wollen? Sie reden über alles und nichts. Das Theater Marie gastiert mit seinem Stück «Gipfeli 8» im Kleintheater Luzern, und zwar vom 24. bis 28. Januar 2006 – kurz vor dem nächsten World Economic Forum also.

Vier MachträgerInnen und ein Security kommen zusammen. Die Wasserknappheit, die Überfischung der Meere und BSE stehen im Zentrum ihres Treffens. Obwohl die TeilnehmerInnen am «Gipfeli 8» alle Deutsch sprechen, scheinen sie einander nicht zu verstehen. Dabei wird nicht nur geredet,

sondern auch viel gesungen – ein «dadaistischer Abend mit Variété-Charakter» verspricht denn auch der Untertitel des Stücks.

Das Theater Marie gastiert mit «Gipfeli 8» vom 24. bis 28. Januar 2006 im Kleintheater Luzern. Die Vorstellungen sind öffentlich. Speziell für die Mitglieder des GB gibt es vor einer der Aufführungen die Gelegenheit, das neu renovierte Kleintheater zu besichtigen. Die Details werden noch bekannt gegeben.

Abstimmung über den Rontal-Zubringer 100 Millionen sind zu viel

Natalie Kamber, GB-Sekretärin, Luzern

Am 25. September stimmen wir über den Rontal-Zubringer ab, das grösste rein kantonale Strassenbauprojekt, das je vorgeschlagen wurde. Seit Mitte Mai gibt es ein Nein-Komitee, dem die Parteien GB und SP, der VCS und einige andere Organisationen angehören. Die Arbeit des Komitees ist nicht immer ganz einfach.

Als wir Ende Mai bei der Raiffeisenbank Luzern ein Konto eröffnen wollten, wurde unser Begehren abgelehnt – mit dem Hinweis auf die Geschäftskunden im Einzugsgebiet des neuen Autobahnzubringers. Die regionalen Medien griffen diesen Fall auf, worauf der Verwaltungsrat der Raiffeisenbank über die Bücher ging und den Begriff der politischen Neutralität neu definierte. Seitdem steht es «allen Parteien und Gruppierungen offen, bei der Raiffeisenbank Luzern ein Konto zu eröffnen. Als Ausnahme gelten kriminelle, ultrarechte und ultralinke Parteien und Gruppierungen» (Medienmitteilung der Bank vom 1. Juni 2005).

Nachdem dieses Problem gelöst war, konnte sich die Kampagnengruppe daran machen, mit dem Grafiker ein Plakatsujet zu erarbeiten. Fetzig sollte das Sujet sein und auf den ersten Blick zeigen, worum es am 25. September geht. Pünktlich ging das Plakat in den Druck, und pünktlich wurde es an die Allgemeine Plakatgesellschaft (APG) ausgeliefert. Dann die Ernüchterung: Das Plakat ist eventuell nicht zulässig. Gemäss Strassenverkehrsgesetz sind Strassenreklamen verboten, die mit Verkehrssignalen verwechselt werden können – dies aus Gründen der Verkehrssicherheit.

Plakate werden trotzdem gehängt

Die APG hat sich bereit erklärt, die Plakate des Nein-Komitees trotzdem zu hängen. Da die Gemeinden Bewilligungsbehörde für die Plakate sind, müssen sie entscheiden, ob sie die Plakate «Nein zum Rontal-Zubringer!» hängen lassen wollen. Wir lassen uns überraschen.

Die Argumente

Im letzten RundBrief hat Adrian Borgula bereits ausführlich dargelegt, was alles ge-

gen den Rontal-Zubringer spricht. An dieser Stelle deshalb nur das Wichtigste in Kürze:

– Nein zur Geldverschleuderung

Der Rontal-Zubringer kostet 100 Millionen Franken. Geplant ist eine Strasse von 1'430 m Länge inklusive des Tunnels und eingehauener Brücke – das ergibt pro Million gerade mal 14 Laufmeter. Sagt die Luzerner Stimmbevölkerung Ja, bliebe es nicht bei den genannten 100 Millionen Franken: Der Bund müsste sich mit weiteren 25 Millionen beteiligen.

– Nein zum Mehrverkehr

Der neue Zubringer würde einen Mehrverkehr von 10'000 bis 19'000 Fahrten pro Tag verursachen. Die obere Grenze entspricht dem durchschnittlichen Tagesverkehr am Gotthard – zu viel für die Bevölkerung im Rontal. 19'000 zusätzliche Autos belasten eine Region, die heute schon unter dem Verkehr leidet. Der neue Zubringer verschlechtert die Lebensqualität im Rontal, zerstört kostbares Land und verschandelt die Landschaft.

– Nein zum Ebisquare-Zubringer

Der neue Zubringer ist eine Voraussetzung für den Bau von Ebisquare. Wird Ebisquare gebaut, schluckt er gleich einen Grossteil der Kapazität des Rontal-Zubringers. Soll der Kanton mit 100 Millionen Franken wirklich diesen Freizeit- und Konsumtempel subventionieren?

Der Kanton Luzern braucht eine umwelt- und menschenverträglichere Verkehrspolitik. Der Rontal-Zubringer ist ein Schritt in die falsche Richtung. Deshalb stimmen wir Nein am 25. September.

Abstimmungsparole

Kredit für den Bau des Autobahnzubringers Rontal (Kantonsstrasse 65b) in den Gemeinden Buchrain, Dierikon und Ebikon

NEIN



Gaby Müller ist aus dem Grossen Rat zurückgetreten

Kein Abschied aus der Politik

Louis Schelbert, Grossrat GB, Luzern

Ende Juni ist Gaby Müller nach acht Jahren aus dem Grossen Rat zurückgetreten. Sie hat viel für die Bevölkerung und natürlich für das GB geleistet. Für wirtschaftlich und sozial Schwache schlug und schlägt ihr politisches Herz.



Gaby Müllers Eintritt in den Grossen Rat und in die GB-Fraktion war engagiert. Die Sachgeschäfte vertrat sie gekonnt, kundig und wenn nötig auch beharrlich, aber nie belehrend, «religiös» oder inbrünstig. Die gelernte Sozialarbeiterin fand

umgehend die nötigen Anknüpfungspunkte und den richtigen Ton.

Sie vertrat unsere Fraktion in den Kommissionen Staatspolitik (bis Ende 2000) sowie Justiz und Sicherheit (bis Juni 2005), in der jüngsten Vergangenheit auch in jenen zum Uni-Neubau und zur «Reform 06» (eine schöne Umschreibung für ein hässliches Abbauprogramm). Gaby verfolgte die Debatten aufmerksam, erfasste den Kern blitzschnell und intervenierte dann. Ja, Gaby spricht gerne – und gut! Sie ist mit ihren intelligenten Voten im Rat und in den Kommissionen prima angekommen. Wenn sie sprach, verstummte das Geschwätz. Ihre Offenheit, ihr Charme und ihr gewandter Umgang halfen ihr natürlich, bleibende politische und persönliche Spuren zu hinterlassen.

Menschenfreundin

Gaby Müller ist eine Menschenfreundin. Sie verkehrt mit allen respektvoll, lässt jeden und jede spüren, dass sie sie ernst nimmt. Das kam ihr (und uns) mit der Übernahme des Fraktionspräsidiums ab 1. Januar 2001 noch stärker zugute. Die eh schon hohe Akzeptanz im Rat stieg weiter, nachdem sie ihr auf dem zweiten Bildungsweg absolviertes Rechtsstudium abgeschlossen hatte. Als Fraktionsmitglied habe ich sie und ihre umsichtige und vermittelnde Arbeit sehr geschätzt. Alle ka-

men zu Wort. Dazu vertrat sie uns ausgezeichnet in der Geschäftsleitung. Ich verdanke ihr viel, wir alle verdanken ihr viel.

Neu persönliche Mitarbeiterin

Ihr Abgang aus dem Grossen Rat ist kein Abschied aus der Politik, im Gegenteil. Politik wird ihr zum Beruf: Gaby wurde zur persönlichen Mitarbeiterin von Regierungsrätin Yvonne Schärli berufen. Sie freut sich, in Luzern arbeiten zu können statt nach Fribourg zu pendeln. Ihr Arbeitsort ist das Regierungsgebäude, der Grossratssaal liegt hinter ihr – trotzdem ist und bleibt ihr die Optik der Volksvertretung wichtig. Nebst dieser Tätigkeit schreibt Gaby an einer Dissertation zum Thema Präjudiz.

Ein Verlust für das GB

Leider musste sie ihre «Ämtli» im GB abgeben, weil ihr Vorgänger nicht recht zwischen der Arbeit als persönlicher Berater und als Parteimitglied zu unterscheiden wusste. Das schwächt nun auch das GB. Für die Fraktion ist Gaby Müllers Rücktritt schwer zu verkraften. Mit ihr gehen enorme persönliche, soziale und sachliche Kompetenzen, es geht eine hervorragende Grossrätin. Liebe Gaby, im Namen der Fraktion danke ich dir für alles und wünsche dir bei deinen neuen Tätigkeiten und überhaupt viel Glück und Zufriedenheit.

Katharina Meile neu im Grossen Rat

Als Nachfolgerin kommt Katharina Meile neu in die Fraktion. Sie studiert Psychologie in Zürich und verdient sich ihren Lebensunterhalt mit einem Job bei den SBB. Mit ihren 21 Jahren wird sie jüngste Grossrätin. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit ihr – herzlich willkommen!



Grossratswahlen 2007

Mit Schwung zum Erfolg

Michael Töngi, Co-Präsident GB, Kriens

Stärker werden – dieses Ziel setzte sich der Vorstand für die Grossratswahlen 2007. Einige Pflöcke hat er bereits eingeschlagen. Stärker werden. So einfach kann man das Ziel des GB für die nächsten Grossratswahlen umschreiben. Wenn die kantonale Politik nicht noch weiter nach rechts rutschen und hier im Kanton endlich wieder etwas Richtung Umweltschutz und sozialere Politik laufen soll, dann braucht es dazu mehr Grüne im Grossen Rat.

Doch mit den Fingern schnippen reicht nicht, um dieses Ziel zu erreichen. Der Vorstand beschäftigt sich bereits seit dem letzten Winter mit den Grossratswahlen. Wichtig ist ihm, dass alle Beteiligten genügend Zeit für die einzelnen Schritte haben. Deshalb haben Vorstandsmitglieder bereits jetzt die Ortsgruppen und einzelne Personen auf der Landschaft kontaktiert, damit diese Leute suchen, die bereit sind zu kandidieren. Der Vorstand verspricht sich einiges davon, dass jetzt Gespräche geführt werden. So können sich die Angefragten ohne Zeitdruck überlegen, ob sie sich eine Kandidatur respektive ein Grossratsmandat vorstellen können.



Wer sich vorstellen kann zu kandidieren, muss selbstverständlich nicht auf einen Anruf des Vorstands oder der betreffenden Ortsgruppe warten. Melde dich beim Sekretariat – dies erleichtert allen die Arbeit.

Die Grossratswahlen finden voraussichtlich im März oder April 2007 statt. Erfahrungsgemäss fällt ein halbes Jahr vorher am meisten Arbeit an. Wer sich ein befristetes Engagement vorstellen kann, melde sich bitte ebenfalls beim Sekretariat.

Das Aufgabenspektrum ist breit: kreative Werbeideen sammeln, Kandidierende betreuen, Texte schreiben, Flyer verteilen, Plakate hängen, Briefe verpacken, flammende Reden halten usw.

Das GB-Sekretariat ist erreichbar über Telefon 041 360 79 66 und per Mail (lu@gruene.ch).

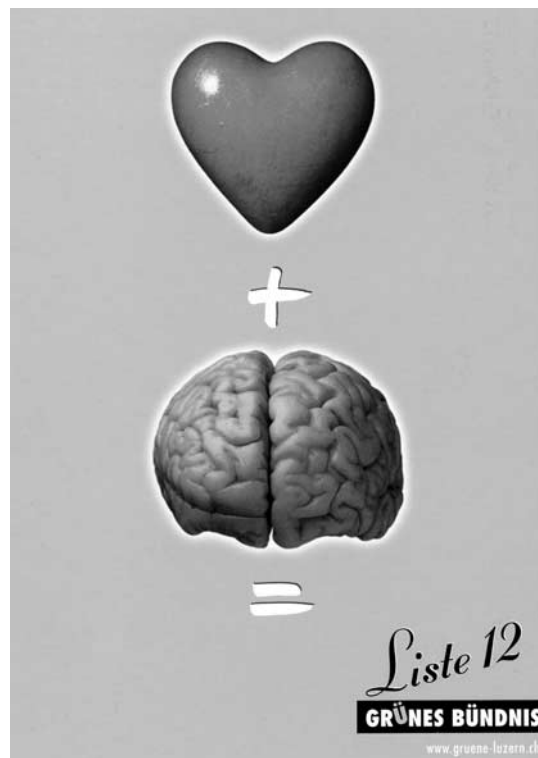
Schwerpunkt Sursee

Ein besonderes Augenmerk hat der Vorstand auf Sursee gelegt, denn dort soll eine Orts- oder Amtsgruppe aufgebaut werden. Mit einer guten Liste kann dann der grüne Grossratsitz zurückgeholt werden. Auch in den anderen Ämtern liegen Sitzgewinne drin.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt für den Vorstand bei der Frauenförderung. Gaby Müller, die im Kanton eine grosse Bekanntheit hat, ist im Juni aus dem Grossen Rat zurückgetreten, und zurzeit vertreten in diesem Parlament vier Männer und zwei Frauen das GB. Der Vorstand hat sich zum Ziel gesetzt, mehr GB-Frauen in den Grossen Rat zu bringen.

Die Wahlplattform

Das GB beschäftigt sich aber nicht nur mit Wahllisten, sondern arbeitet auch programmatisch. Bereits jetzt wird an einer Wahlplattform gefeilt, die im nächsten Frühling verabschiedet werden soll. Gleichzeitig laufen erste Überlegungen, wie das GB für seine Ideen werben soll. So viel sei gesagt: Wir wollen auch ausserhalb der üblichen Plakatständer sichtbar sein.



Zora Schelbert tritt zurück

Alles Gute, Zora!

Cony Grünenfelder, Fraktionspräsidentin Grosser Stadtrat, Luzern

Im Frühling 2004 wurde Zora Schelbert mit einem Glanzresultat in den Grossen Stadtrat gewählt. Leider tritt sie diesen Sommer zurück, um sich in Australien mit einem Sprachaufenthalt auf ihr späteres Studium vorzubereiten.



Im Frühling 2004 gab es bei den Jungen Grünen Grund zum Feiern. Als erste Jungpartei der Stadt erzielten sie mit einer eigenen Liste einen Sitz im Parlament. Die damals 18-jährige Zora Schelbert wurde mit einem Glanzresultat gewählt.

Eine engagierte Politikerin

Während des vergangenen Jahres meisterte Zora zwei grosse Herausforderungen: Einerseits hat sie die Matura souverän abgeschlossen. Andererseits hat sie sich im städtischen Parlament mit ihren Auftritten Respekt verschafft, zum Beispiel bei der Behandlung der Initiative «Sonntag fürs Auto» des Jugendparlamentes: Auch die Jungen Grünen seien mit der Ungültigkeit der Initiative einverstanden, doch sei das Anliegen von autofreien Sonntagen in der Stadt breit abgestützt und sie

erwarte vom Stadtrat entsprechende Aktivitäten. Sie belies es nicht bei der Argumentation, sondern reichte gleichzeitig ein Dringliches Postulat ein. In diesem Vorstoss machte sie konkrete Vorschläge für die Aufwertung des europäischen Aktionstages «Ohne Auto in die Stadt» vom 22. September. Die Parlamentsmitglieder aller Parteien stellten mit Anerkennung fest, dass das jüngste Mitglied weder «Junior» noch politisches Leichtgewicht darstellte.

Zora war für die Fraktion Grünes Bündnis/Junge Grüne eine grosse Bereicherung. Ich bin überzeugt, dass wir von Zora als Politikerin irgendwann wieder hören werden. Ich wünsche ihr für ihren bevorstehenden Auslandsaufenthalt und die weitere Zukunft alles Gute.



Korintha Bärtsch wird ab September neu für die Jungen Grünen im städtischen Parlament sitzen. Herzlich willkommen!

M V

eterinnen- und Mieterverband Luzern

Mietprobleme | Einzug-Auszug | Wohnungsabnahmen
Mängel in der Wohnung | Mietzins-Check | Literatur

Werden Sie Mitglied! Wir unterstützen und beraten Sie!

Telefon 041 220 10 22

www.mieterverband.ch/luzern

M i e t e r s c h u t z i s t n ö t i g !

Gespräch mit Ruedi Meier

«Für Luzern steht viel auf dem Spiel!»

RundBrief-Redaktion, Luzern

Gespräch mit Ruedi Meier, GB, Stadtrat/ Sozialdirektor über das finanzpolitische Überprüfungs- und Entlastungsprojekt.

RundBrief: Ruedi Meier, im Grossen Stadtrat haben anlässlich der Beratungen über das Budget 05, die Gesamtplanung 05/08 und den Geschäftsbericht pro 2004 heftige Diskussionen über die Steuer- und Finanzpolitik stattgefunden. Um was geht es genau?

Ruedi Meier: Konkret geht es darum, ob die Stadt in der laufenden Legislatur 2005/08 die Steuern senken soll. Die drei bürgerlichen Fraktionen verlangen dies. Der Stadtrat vertritt die Meinung, dass angesichts der Steuer-senkungen des Kantons eine zusätzliche Senkung durch die Stadt nicht zu verantworten ist.

Wie sehen die Grössenordnungen aus?

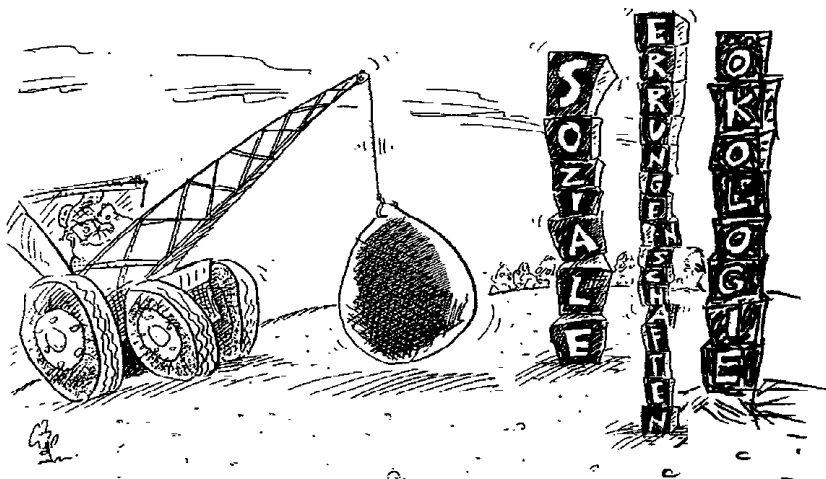
Durch die kantonale Steuersenkung werden alle Steuerzahlenden des Kantons entlastet, auch jene der Stadt. Dies bedeutet für die Stadtkasse Ausfälle von 15 Mio. Die vom Parlament geforderte markante Steuersenkung kostet noch einmal 15 Mio. Wir sprechen also von rund 30 Mio., die die Stadt einsparen

Für die Exekutiven sind die Beschlüsse bzw. Aufträge des Parlaments meist gesetzlich oder zumindest politisch verbindlich. Was macht der Stadtrat nun mit diesem Auftrag, der seiner Politik entgegensteht?



Nun, der Stadtrat verschliesst sich Steuersenkungen ja nicht grundsätzlich. Aber zu einer nachhaltigen Finanzpolitik gehören verschiedene Aspekte: Attraktive öffentliche Leistungen, möglichst tiefe Verschuldung, Steuerniveau im allgemeinen und im unmittelbaren Umfeld, sozialer Ausgleich, Wirtschaftspolitik mit wirtschaftlicher Erstarung, gute Wohn- und Lebensqualität. Ganz entscheidend ist das Gleichgewicht. Und von da her liegen die zusätzlichen 15 Mio. quer in der Landschaft. Wenn die Stadt zu stark an der Steuer-schraube dreht, so setzt sie den Hauptteil der umliegenden Gemeinden unter Druck und bringt diese in Schwierigkeiten. Es kommt dazu, dass wir das Niveau von Zug, Schwyz und Nidwalden nicht erreichen können. Wenn es um die Attraktivität geht, so muss sich die Stadt Luzern anders profilieren.

Einverstanden, die Stadt Luzern kann sich profilieren mit guten kulturellen und schulischen Angeboten, mit einer dynamischen Politik, bspw. mit der Förderung der vor- und ausserschulischen Kinderbetreuung und von Tagesschulen, mit



muss. Dies sind über 10 % der städtischen Steuereinnahmen! Dies ist nur möglich, wenn massiv Leistungen abgebaut werden. Schon die 15 Mio. aus der kantonalen Senkung sind nicht einfach zu verkraften. Darum lehnt der Stadtrat eine weitere Senkung auf städtischer Ebene ab.

einer Verbesserung der Wohnqualität, mit einer sensiblen Integrationspolitik. Aber noch einmal: Was macht der Stadtrat nun mit dem parlamentarischen Entlastungsauftrag?

Was die genannten Profilierungsmöglichkeiten der Stadt angeht, so bin ich völlig einverstanden. Zwar müssen wir auch in der Frage der Steuerbelastung sensibel sein. Aber wir dürfen dadurch nicht unsere Attraktivität und unseren Entwicklungsspielraum im Bereich der städtischen Dienstleistungen und Angebote gefährden. Zudem müssen wir auch auf das soziale Gleichgewicht achten. Es gibt heute mehr Armut in dieser Stadt als auch schon.

Um auf die Frage direkt zu antworten: Der Stadtrat hat ein Entlastungs- und Überprüfungsprojekt gestartet. Erarbeitet werden Entlastungsmöglichkeiten in der Höhe von 30 Mio. Franken. Die Projektleitung, der Stadtrat und eine Kommission, die sich aus Mitgliedern aller Fraktionen des Grossen Stadtrates zusammensetzt, werden die vorgeschlagenen Entlastungsmodule beurteilen.

Aber wie gesagt: Der Stadtrat ist der Ansicht, man sollte es bei den durch die kantonale Senkung geforderten 15 Mio. belassen.

30 Mio. ist eine enorme Summe, auch schon 15 Mio. sind sehr viel. Lässt sich dies ohne Stellen- und Leistungsabbau überhaupt machen?

Nein, sicher nicht. Es sind aber zwei Aufgaben zu unterscheiden:

1. Die kantonale Tranche von 15 Mio. soll mit folgenden Massnahmen erreicht werden:

- Bei den Besoldungen und Renten. Die Verbände und das Personal haben mitgemacht. Hier hat der Stadtrat immer gesagt, dass für ihn mit diesem Beitrag das Personal seinen Teil leistet hat!
- Durch den bereits getätigten CKW-Aktienverkauf, der Aktienwert bewegte sich auf einer einmaligen Höhe.
- Und durch weitere Einsparungsmodule in der Höhe von rund 6 Mio., was möglich, aber auch nicht einfach ist.

2. Die zusätzlichen 15 Mio. können niemals durch Optimierungen erreicht werden. Hier geht es um ganze Leistungspakete. Damit verbinden sich natürlich auch Arbeitsplätze, und dahinter stehen Menschen.

Um welche Art von Leistungen handelt es sich denn? Kannst du dies näher erklären?

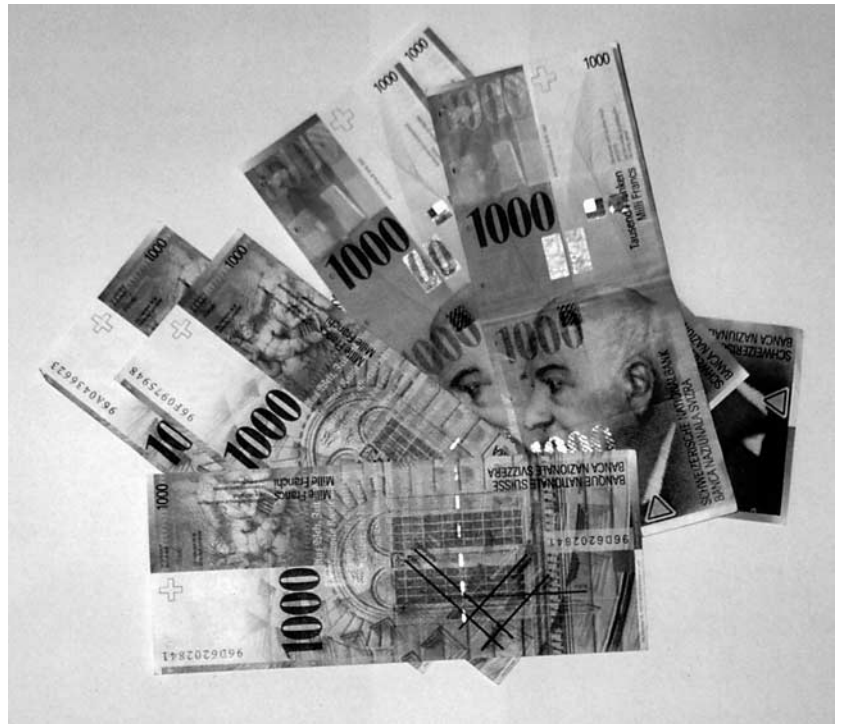
Es gibt durch übergeordnetes Gesetz vorgeschriebene Leistungen, bspw. das Führen von Volksschulen. Dann gibt es Leistungen, die zwar eine gesetzliche Basis haben. In der Art und Weise und im Umfang der Erfüllung des Auftrags haben Kanton und Gemeinden Spielraum, bspw. im Sozialbereich.

Es gibt aber auch Leistungen, wo die Stadt ge-

setzlich frei ist. Dazu gehören bspw. der Kultur- und Sportbereich und Teile des Sozialen. Aber diese Engagements sind im Laufe der Zeit gewachsen, sind für das Leben in der Stadt sehr wichtig und werden von der Bevölkerung als nötiges und sinnvolles Engagement akzeptiert.

Wenn wir dies richtig verstehen, so steht die Kultur- und Sportpolitik in Millionenhöhe zur Diskussion? Oder die Klassenbestände werden erhöht? Oder es kommt zu Sozialabbau?

Richtig, solche Diskussionen müssen vor dem Hintergrund des Entlastungsauftrags geführt werden. An der Kultur-, Sozial- und Sportpolitik lässt sich gut zeigen, wie gefährlich der eingeschlagene Weg ist. Kommt es zu Einschnitten im Kulturbereich oder bei den sozialen Angeboten, so ist ein Stadionneubau kaum zu verantworten und politisch nicht durchsetzbar. Die Gefahr, dass sich die politischen Kräfte bekämpfen und in verschiedenen Politikbereichen Projekte scheitern lassen, ist gross. Den Schaden tragen müsste dann die Attraktivität und Lebensqualität unserer Stadt.



Du befürchtest also eine politische Pattsituation, die kaum mehr Erneuerung, Fortschritt und Kreativität zulässt. Was bedeutet dies alles eigentlich für deine Direktion?

Wir haben den Auftrag, 6 bis 9 Mio. einzusparen. Eine enorm hohe Summe! Gesetzliche Leistungen erbringen wir im Sozialen im Vormundchaftswesen, bei der Spitex, der Alimentenhilfe und der wirtschaftlichen Sozialhilfe. Hier sind Einsparungen in Millionenhöhe nicht möglich oder hängen stark vom Gang der Wirtschaft ab. Bei den Alters- und

Pflegeheimen übersteigen die Taxen schon heute die Möglichkeiten sehr vieler Bewohnerinnen und Bewohner. Darum liegt hier kaum etwas drin.

Einige Angebote sind aus der Interpretation der gesetzlichen Grundlage und der praktischen Erfahrung entstanden, bspw. die Wohnbegleitung des Sozialamtes, die diversen Hilfen bei der Einkommensverwaltung, das Sozialinfo Rex, die Anmeldestelle Wohnen im Alter und der Sozialdienst der Betagtenzentren, alle Alterswohnungen usw. Wenn wir diese Hilfen und Unterstützungen nicht mehr anbieten, verstärkt sich der Druck ganz stark auf andere, sicher teurere Institutionen, wie die Vormundschaft und die Betagtenzentren. Dies trifft auch zu auf viele Institutionen, mit denen wir direkt oder indirekt Leistungsverträge abgeschlossen haben, bspw. alle gassennahen Angebote, Beiträge an die Pro Senectute, die Unterstützung der begleiteten Besuchstage, das Frauenhaus usw.

Bei anderen Leistungen ist die Stadt völlig frei, bspw. bei der gesamten Kinder-, Jugend- und Familienpolitik: Krippen, Horte, Tageseltern, Tagesschule, Ferienpass, Kinder- und Jugendparlament, Jugendhaus Treibhaus, Zusatzleistungen für einkommensschwache Familien und Alleinerziehende usw., aber auch die städtischen Zusatzleistungen für Betagte. All dies müssten wir nicht anbieten. Aber man stelle sich vor, diese Engagements würden aufgegeben, unvorstellbar! Hier stehen wir vor der Tatsache, dass die Angebote absolut Sinn machen. Zum Teil würde der Verzicht auch kaum einschenken.

Eine lange Liste von Beispielen, alleine aus deiner Direktion. Diese liesse sich ja wohl mit Beispielen aus andern Direktionen problemlos verlängern. Was sind denn deiner Ansicht nach die Auswirkungen, wenn diese Leistungseinschränkungen oder -abbauten kommen?

Es ist klar. Betroffen wären vorab Schwächere: Betagte, einkommensschwache, kranke und süchtige Menschen, aber auch Leute, die sich nicht oder nicht mehr so gut selber zu helfen wissen, dann Kinder, Jugendliche und Familien, der Kultur- und Sportbereich und die Sicherheit. In meiner Direktion würde bspw. die aus sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gründen notwendige Entwicklung im Bereich der vor- und ausserschulischen Kinderbetreuung weit zurückgeworfen. Die Stadt Luzern läuft Gefahr, ihre hohe Attraktivität zu beschneiden, ohne dass sie steuerpolitisch wesentlich attraktiver wird.

Wie geht es nun weiter? Welches sind die nächsten Schritte?

Die Sparmodule werden unter Einbezug der Direktionen in der Projektleitung und dann

vom Stadtrat diskutiert. Sehr wichtig ist die Arbeit der Begleitkommission des Parlamentes. Ich gehe davon aus, dass die Fraktionen und der Grosse Stadtrat eine sachliche Diskussion führen und flexibel sind. Es steht für die Stadt sehr viel auf dem Spiel!

Vielen Dank für das Gespräch.

stattkino

ab 1. September
PRODUCING ADULTS
von Aleks Salmenperä

ab 8. September
KLINGENHOF von Beatrice Michel

ab 11. September
ERINNERN von Bruno Moll

ab 22. September
THE GIANT BUDDHAS
von Christian Frei

ab 6. Oktober
SYRIAN BRIDE von Eran Riklis

ab 13. Oktober
MUR von Simone Bitton

ab 20. Oktober
CREMASTER CYCLE
von Matthew Barney

ab 27. Oktober
8 X RAINER WERNER FASSBINDER

ab 28. Oktober
THE LONG GOODBYE
von Robert Altman

ab 3. November
DARWIN'S NIGHTMARE
von Hubert Sauper

STATTKINO IM BOURBAKI PANORAMA LUZERN

Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte der Tagespresse oder dem Monatsprogramm • www.stattkino.ch

Betagtenzentrum Eichhof

Ja zur Erneuerung des Pflegezentrums

Ruedi Meier, Stadtrat, Sozialdirektor, Luzern

Die Stadt Luzern erneuert in den nächsten Jahren Schritt für Schritt ihre Betagtenzentren. Die in die Jahre gekommen Häuser sollen den heutigen Anforderungen angepasst werden. Dies bedeutet mehr Wohnlichkeit und mehr Intimsphäre. Geschaffen werden zusätzliche Einerzimmer in Pflegewohngruppen mit eigenen Aufenthaltsräumen und Wohnküchen.

Ende September wird über einen Kredit von gut 28,5 Mio. für das Pflegezentrum Rubin im Eichhof abgestimmt. Für 149 Personen sollen

die Wohnräume modernisiert werden. Nebst den genannten Erneuerungen werden zusätzlich spezialisierte Wohn- und Pflegemöglichkeiten für Demenzkranke sowie eine Abteilung für Palliativpflege geschaffen.

Abstimmungsparole

Kredit zur Erneuerung des Hauses Rubin/
Betagtenzentrum Eichhof

JA

Schulanlage Utenberg

Ja zur Sanierung und Erneuerung

Cony Grünenfelder, Fraktionspräsidentin Grosser Stadtrat, Luzern

Am 25. September 2005 befinden die Stimmberechtigten über den Baukredit für die Sanierung und Erneuerung der Schulanlage Utenberg. Die Grüne Fraktion hat, wie die Mehrheit des Grossen Stadtrates, diesem Baukredit zugestimmt.

Mit der geplanten Sanierung wird das Schulhaus, ein Bau der 1970er Jahre, baulich und betrieblich erneuert. Der Energieverbrauch kann massiv gesenkt werden und das Schul-

haus wird den Anforderungen heutiger Unterrichtsformen angepasst. Diese bauliche und betriebliche Erneuerung ist notwendig und sinnvoll.

Abstimmungsparole

Sanierung/Umbau Schulanlage
Utenberg

JA

ARLECCHINO

CAFETERIA & GALERIE

Habsburgerstr. 23
6003 Luzern
Tel 041 210 64 41
Mo-Fr 6.30 - 20.00
Sa 7.00 - 18.00
So 9.00 - ca. 17.00

R E S T A U R A N T B A R

N E U S T A D T

Ess- & Weinkultur • Neustadtstr. 21 • Tel. 041 210 2371 • Sonntag geschlossen



Oeko-Hotel Gruebismalm/Rigi

Unser ökologisches Hotel liegt idyllisch gelegen an der autofreien Rigi-Südseite. Das Hotel ist baubiologisch renoviert, und wir nutzen die Sonne für Strom und Warmwasser. In unserer Küche kochen wir frische und natürliche vegetarische und nicht vegetarische biologische Vollwert-Speisen.

Bei uns können Sie angenehme Ferientage verbringen, Kurse und Tagungen durchführen oder auch Feste feiern. Als familienfreundliches Hotel übernachten bei uns Kinder bis 14 gratis im Zimmer der Eltern.

Im Sommer ist die Rigi ein herrliches Wandergebiet, und im Winter ist das Skigebiet mit den Rigi-Bahnen bequem erreichbar.

Hotel Gruebismalm/Rigi, Familie Schaub
6354 Vitznau, Tel. 041-397 16 81, Fax 041-397 21 70
email: oeko-hotel-gruebismalm-rigi@bluewin.ch

Ein Jahr grüner Gemeinderat in Kriens

Wo Weltbilder aufeinander prallen

Cyrrill Wiget, GB-Gemeinderat, Kriens

Lange Jahre war das GB eine reine Oppositionspartei. Mit grosser Beharrlichkeit und zahlreichen guten Ideen haben GB- und L2O-Leute wichtige ökologische und soziale Themen in die Luzerner Politik eingebracht. Im Jahr 2005 ist das GB in vier Exekutiven vertreten: Ruedi Meier ist grüner Stadtrat von Luzern, Oskar Mathis (L2O) Gemeinderat von Horw, Susanne Truttmann (Vertreterin von SP und GB) beginnt demnächst ihre Arbeit im Emmer Gemeinderat, und ich bin seit einem Jahr Gemeinderat von Kriens.



Nach diesem ersten Jahr ziehe ich die folgende Bilanz: Es ist erstaunlich, wie viele Entscheidungen, die unser Zusammenleben im Alltag wesentlich bestimmen, noch heute auf Gemeindeebene gefällt werden – sei es bei Baubewilligungs- oder Verkehrsfragen, sei es in der Finanzpolitik oder beim Führen der fünfhundert MitarbeiterInnen der Gemeinde. Ein beachtlicher Teil dieser Entscheidungen nimmt nie die Hürde über den Gemeinderat hinaus oder wird im Gemeinderat zumindest so weit vorgespurt, dass es einer Entscheidung nahe kommt.

Das GB hat ein klares Wertesystem. Ich war verblüfft, welche Weltbilder in einem vorher klar bürgerlich ausgerichteten Gremium plötzlich aufeinander prallen. Gottseidank hatte die SP im Krienser Gemeinderat bereits

ein Halbamt inne. Dennoch fehlte bis zu meinem Amtsantritt die Stimme der Grünen, und ich halte es für wichtig, dass ich das Denken einer breiten Bevölkerungsschicht neu einbringen kann.

Vorurteile und Fronten abbauen

Gemeinderat zu sein ist ein absolut spannender und interessanter Job. Es sind Begegnungen möglich, die sonst nie möglich gewesen wären, und es können Vorurteile und Fronten abgebaut werden, unter denen die grüne Politik jahrelang gelitten hat. Ich bin deshalb meinen VorkämpferInnen dankbar, dass sie in Kriens den Boden geebnet haben für ein grünes Mitglied im Gemeinderat.

Zurückhaltung in der Öffentlichkeit

Dennoch bezahlen meine GB-FreundInnen und ich einen hohen Preis: Die neue Rolle als Exekutivmitglied verlangt von mir viel Zurückhaltung in der Öffentlichkeit und in der Tagespolitik. Nach acht Jahren im Einwohnerrat ist es für mich schwierig, in Situationen auf den Mund sitzen zu müssen, in denen ich früher aufgestanden wäre und gekämpft hätte.

Ebenso fällt es mir schwer, mich im Kontakt mit den Medien oder in Diskussionen mit der Bevölkerung zurückzuhalten. Sich selber treu zu sein und gleichzeitig die Meinung eines kollegialen Gremiums zu vertreten ist eine Gratwanderung, die mir einiges abverlangt.

Kein Zuckerschlecken

Persönlich ist es oft kein Zuckerschlecken: Im Gemeinderat stehe ich mit meiner Meinung oft allein da. Der Umgang ist dann nicht selten rüde, und die SVP beobachtet mich mit Argusaugen (schliesslich haben wir ihnen «ihren Sitz» gestohlen, so ihre Auffassung). Zwar sind PolitikerInnen gefragt für Vereinsanlässe und ähnliche Veranstaltungen, aber gleichzeitig dienen wir als Blitzableiter und Frustdepot. Dass man etwas gut macht, das sagt man sich meistens selber.

Ich bin überzeugt, dass das GB einen wichtigen Schritt macht, wenn es in den Exekutiven zeigt, dass es den Tatbeweis erbringen und in der politischen Verantwortung bestehen kann.

Horw · St. Niklausen

Bio-Fleisch: Von Natur aus besser.

Verkauf ab Hof jeden Samstag von 8-13 Uhr

Ueli & Hof

Bio-Hof Mättwil · Tel. 041 342 05 46 · www.uelihof.ch

Das Thema Frieden von allen Seiten beleuchtet

Friedenskonferenz in Luzern

RundBrief Redaktion, Luzern

Luzern hat auch als Stadt des Friedens Tradition. Im Jahr 1902 feierte Luzern nämlich die Eröffnung des weltweit ersten Friedensmuseums. Das «Internationale Kriegs- und Friedensmuseum» entstand auf die Initiative des polnischen Friedensaktivisten und Industriellen Jan Bloch hin, und sein Renommee bewirkte, dass Luzern 1905 zum Austragungsort des 14. Internationalen Friedenskongresses gewählt wurde. Zum 100-jährigen Jubiläum dieses Anlasses findet in Luzern nun erneut eine Friedenskonferenz statt, und zwar am 22. und 23. September 2005.

Was wird an diesen beiden Tagen geboten?

Neben einem Festakt werden verschiedene Workshops durchgeführt – mit bekannten internationalen Fachleuten und zu folgenden Themen: die Rolle des Militärs bei der Friedensschaffung und -erhaltung; die ewige Suche nach dem Frieden (Friedensinitiativen, ihre Erfolge, ihr Scheitern); die Medien – Bote, Bollwerk, Brandstifter?; interkultureller und interreligiöser Dialog; Friedenserziehung heute; Bedeutung der Entminungsprogramme für die menschliche Sicherheit; die Einwirkung von Traumata auf Versöhnungsprozesse; Geschlechterverhältnisse in Militarisierungs- und Friedensprozessen und schliesslich: Über die Verantwortung der Wirtschaft für Frieden und Sicherheit.

Die Workshops finden am 22. und 23. September 2005 im KKL und an verschiedenen Orten in Luzern statt.

Detailprogramm und Anmeldung:
Luzerner Initiative für Frieden und Sicherheit, Postfach 203, 6022 Grosswangen
Telefon 041 980 45 88, www.lips-org.ch.

LIPS 
lucerne initiative for peace and security

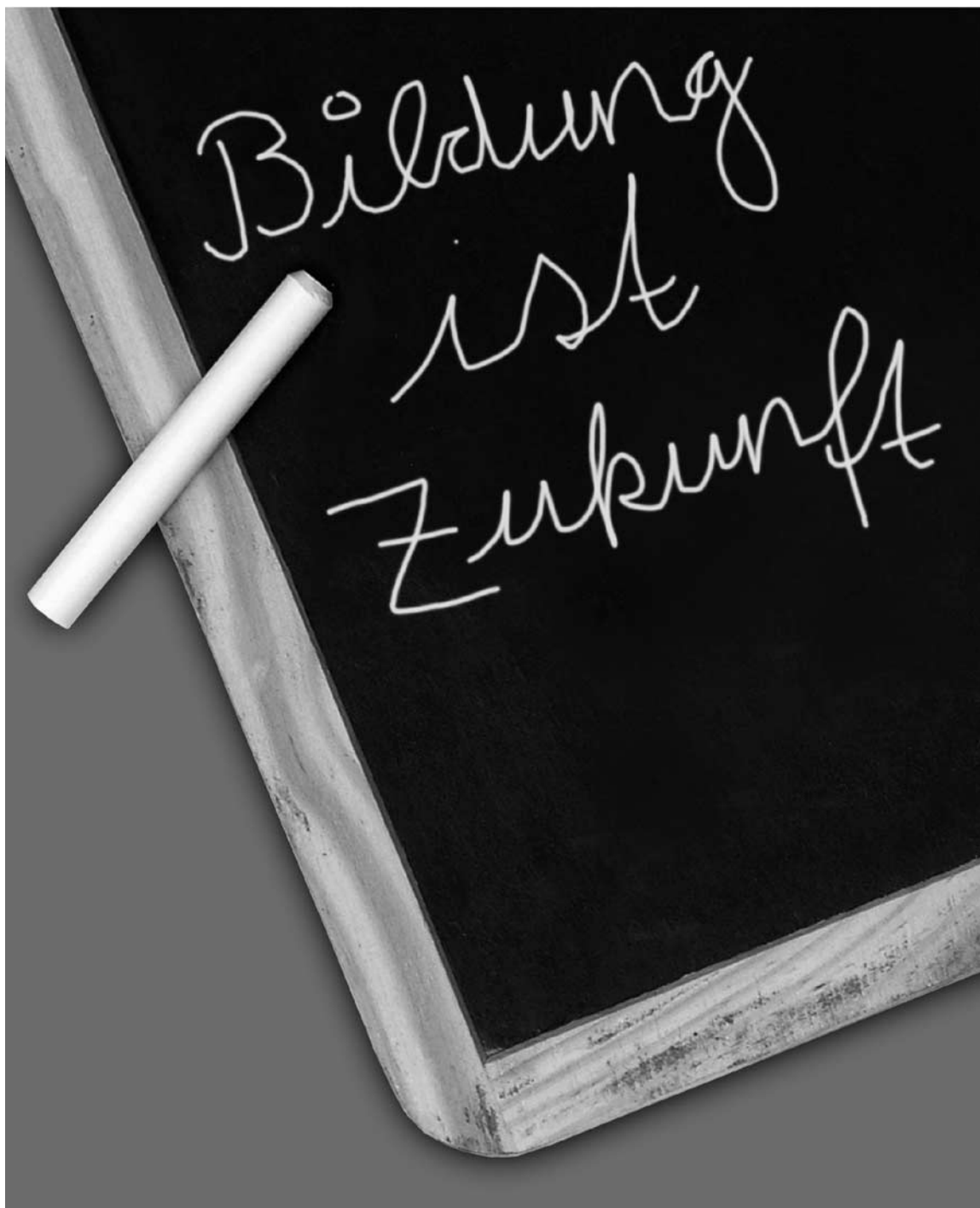


Das Luzerner Friedensmuseum war im heutigen Schulhaus Fluhmatt – derzeit Sitz der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz (PHZ) – untergebracht. Hier das Bild «Pax besiegt den Krieger» des zeitgenössischen Malers Hans Zürcher am Turm des ehemaligen Museums.



www.baukultur.ch

BÜRO FÜR BAUKULTUR GMBH
EDGAR UEBERSCHLAG
ARCHITEKTUR
BAUÖKOLOGIE
BAUBIOLOGIE
BRÜGGLIGASSE 2
CH - 6004 LUZERN
TEL. 041 - 412 02 90



Endlich gerechte Stipendien!

ja

Am 25. September 2005:
zur Stipendien-Initiative

www.bildungfueralle.ch



Em Rontal z'lieb einen Schuss ins Herz – der Tell schoss wenigstens in einen Apfel und keine Herzen ab. Unsere Grafik ist da klarer. Sie gibt aber auch zu reden und verursachte hitzige Köpfe. **Die Verkehrsschilder auf dem Plakat stiften Unruhe**, weil sie AutofahrerInnen ablenken könnten. Achtung Tunnel und Hinweis Autobahn ... könnten nach dem Strassenverkehrsgesetz die autophilen Dummys beeinflussen und sie zum Suchen nach Tunnels und Autobahnen anstiften. Ein H&M BH-Reklame ist dagegen im Strassenverkehrsgesetz nicht verankert und die reinste Beruhigung der Verkehrsteilnehmer. Erst mit dem Einverständnis des kantonalen Tiefbauamtes gab es grünes Licht für unsere Plakate, respektive die Genehmigung zum Aufhängen, weil dort heraus gefunden wurde, dass eigentlich neu die Gemeinden zuständig sind.

Klatsch und Facts rund um den Rontal-Zubringer:

Wer leistet am meisten gegen den Rontal-Zubringer? Diese Frage ist einfach zu beantworten, **natürlich die Grünen**. Wir Grünen erledigen nicht nur die Tagesarbeit, sondern haben auch am meisten Geld für die Kampagne gesprochen.

Wie beim Schwanderholzstutz stimmten die beiden **SP-Verkehrskommissionsmitglieder** (Bauführer Morf und der Krienser Dätwyler) für die 100 Millionen Autoförderung und Ebsquare-Subventionierung. Unser Grüner Adrian war der einzige, der in der Kommission dagegen stimmte. Da die SP eine klare Nein-Parole herausgegeben hat, sind sie eigentlich nur noch durch die Grünen vertreten. Bei diesem Dilemma können sie mit zwei Varianten den Kopf aus der Schlinge ziehen. Entweder stellt die SP subito ein Beitrittsge such bei den Grünen oder sie wechselt ihre beiden Verkehrskommissionsmitglieder aus und zahlt dem Nein-Komitee Schadenersatz!

Das Pro-Komitee hat ein schönes Herzchen mit einem Autobahn Pfeil. Das Ganze sieht wie ein Stich ins Herz aus, was das Strassenprojekt auch ist. Koordiniert wird ihr Komitee wieder von einem PR-Berater, Herrn Steiner. Wir fragen uns diesmal, **können die Befürworter wirklich selber lesen und schreiben** oder stammen die Leserbriefe wieder aus der Feder von Herrn Steiner wie bei der Anti-Kampagne zum Stromrappen?

Impressum

Herausgeber und Inserateverkauf
Grünes Bündnis, Neustadtstrasse 34,
Postfach 31, 6000 Luzern 4, PC 60-16103-5
Telefon 041 360 79 66, Fax 041 361 06 77

Redaktion
Jürg Aebi, Natalie Kamber, Jonas Ott,
Michael Töngi

Korrektorat
Nina Ceresa

Inserate
Telefon 041 360 79 66, Fax 041 361 06 77

Fotos
Jürg Aebi

Konzept, Gestaltung und Druck
Gegendruck GmbH,
Neustadtstr. 26, 6003 Luzern
Telefon 041 360 82 70, Fax 041 362 22 37

Erscheinung
5x im Jahr, Auflage 1350 Exemplare

Abonnement
Ein Jahr Fr. 20.– Abo
Ein Jahr Fr. 50.– Unterstützungsabo

Redaktionsschluss
RundBrief 5/2005, 15. Oktober 2005

Rundbrief

Agenda

September

Datum Zeit Veranstaltung · Ort

Mo 12. 18.15 **Jahreszeitenpalaver HERBST**, Pfarreisaal Maihof



Mo 12. 19.30 **Kantonaler Vorstand**, GB-Sekretariat
Mo 19. 19.30 **Städtischer Vorstand**, GB-Sekretariat
Mo 22. **Friedenskonferenz**, KKL und verschiedene Orte in Luzern
Di 23. **Friedenskonferenz**, KKL und verschiedene Orte in Luzern
So 25. **Abstimmungssonntag**

Oktober

Datum Zeit Veranstaltung · Ort

Mo 17. 19.30 **Kantonaler Vorstand**, GB-Sekretariat
Sa 22. 09.00 **Retraite des kantonalen Vorstands** (provisorisch),
Ort noch nicht bekannt
Mo 24. 19.30 **Städtischer Vorstand**, GB-Sekretariat

Rundbrief

Agenda

November

Datum Zeit Veranstaltung · Ort

Mo 07. 19.30 **Kantonaler Vorstand**, GB-Sekretariat
Mo 14. 19.30 **Städtischer Vorstand**, GB-Sekretariat
So 27. **Abstimmungssonntag**
Mo 28. 19.30 **Kantonaler Vorstand**, GB-Sekretariat

Dezember

Datum Zeit Veranstaltung · Ort

Do 01. 18.00 **DankBar**, Barfüesser-Cafeteria, Luzern

